

Klima schützen, Wohlstand sichern – Baden-Württembergs grüner Weg ins klimaneutrale und fossilfreie Zeitalter

LDK in Sindelfingen am 21.-22.09.2019

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 29.07.2019
Tagesordnungspunkt: KLI Leitantrag

1 Klima schützen, Wohlstand sichern – Baden- 2 Württembergs grüner Weg ins klimaneutrale und 3 fossilfreie Zeitalter

4 „Der Mensch braucht die Natur, die Natur den Menschen nicht. Der Mensch
5 ist Teil der Natur, er ist ihr nicht übergeordnet. Erst wenn er das
6 begreift, hat er eine Überlebenschance.“
7 Richard von Weizsäcker

8 I. Menschheitsfrage Klimaschutz

9 Wir stehen am Scheidepunkt. Die nächsten Jahre werden darüber entscheiden, ob
10 wir die Klimakrise noch eindämmen können, oder ob es nur noch darum geht, mit
11 ihren Folgen fertig zu werden. Die Folgen haben wir in Baden-Württemberg im
12 vergangenen Sommer erlebt. 2018 war das wärmste Jahr in Baden-Württemberg seit
13 Beginn der Wetteraufzeichnungen 1881. Ein Hitzerekord folgt mittlerweile dem
14 anderen, die wärmsten Sommer fielen allesamt auf die vergangenen 20 Jahre. Die
15 Folgen: Rekord-Trockenheit, Ernteauffälle, Niedrigwasser, Wasserknappheit. Der
16 Bodensee, das schwäbische Meer, wird immer wärmer. Wir können damit umgehen,
17 noch.

18 Zahlreiche Arten und ganze Ökosysteme sind mittlerweile durch die Klimakrise
19 bedroht – von den Korallenriffen bis zum heimischen Braunkehlchen und Auerhuhn.
20 Unser Klimasystem steht kurz davor, kritische Schwellenwerte zu erreichen. Sind
21 diese Kippunkte erreicht, gibt es keinen Weg zurück. Dann nutzen uns die beste
22 Technik und die originellsten Ideen nichts mehr. Dann wird sich unser Ökosystem
23 dramatisch und katastrophal verändern. Unser Planet wird das verkraften. Wir
24 nicht.

25 Wir wissen das alles. Es ist untersucht und vielfach wissenschaftlich belegt.
26 Aber die Bundesregierung handelt wie viele andere Regierungen einfach nicht. CO₂
27 ist unter den Treibhausgasen der größte Treiber der Klimakrise. Trotzdem ist es
28 immer noch nahezu kostenlos, unseren Planeten aufzuheizen. Die Energie- und
29 Verkehrswende werden verschleppt, der Ausbau der Erneuerbaren wird von der
30 Bundesregierung ausgebremst. Und die schmutzigsten Kohlekraftwerke laufen
31 weiterhin.

32 Wir Grüne haben wie viele andere verstanden. Der Klimaschutz ist eine
33 Menschheitsfrage. Die Zeit drängt. Das spüren immer mehr Menschen und sie sind
34 bereit zu handeln. Die Fridays-for-Future-Bewegung macht das sehr deutlich.
35 Darin liegt unsere Chance.

36 Der Schutz unseres Klimas und damit unserer eigenen Zukunft kann das einende
37 Band unserer Gesellschaft sein. Das Pariser Abkommen und der IPCC Special Report
38 zeigen, dass das 1,5-Grad-Ziel noch zu erreichen ist. Um dies realistisch zu
39 erreichen, braucht es allerdings eine radikal andere Politik. Die Erderwärmung
40 auf 1,5 Grad zu begrenzen ist Grundlage und Rahmen unserer Politik. Der
41 Klimaschutz kann Innovationstreiber für die Wirtschaft sein, zum Auftragsmotor
42 für das Handwerk werden. Er kann zu einer umfassenden Modernisierung unserer
43 Infrastruktur und unserer Gebäude führen. Er kann unsere Energieversorgung
44 enkeltauglich machen. Der Klimawandel erzeugt genau den Innovationsdruck, den
45 wir benötigen, um den technologischen Sprung nach vorne zu machen. Wer heute
46 innovative Klimaschutztechnik entwickelt, ist der Marktführer von morgen. Der
47 Klimawandel kennt keine Grenzen. Der Bedarf an emissionsarmen Antrieben, an
48 klimafreundlichen Produktionstechniken, an ressourcenschonendem und nachhaltigem
49 Bauen, an Komponenten für Erneuerbare-Energie-Anlagen oder an Wärmedämmung wird
50 weltweit steigen. Klimaschutz ist die Grundlage der Zukunft und Klimaschutz ist
51 der Markt der Zukunft. Und wir können führend sein. Ökonomisch und ökologisch.
52 Wir können Wohlstand schaffen, indem wir unser Klima schützen und gleichzeitig
53 die soziale Spaltung verhindern. Denn überall auf der Welt haben diejenigen mit
54 geringen finanziellen Mitteln die geringsten Möglichkeiten, sich vor den
55 Auswirkungen der Klimaveränderung zu schützen. Öl ist das Schmiermittel der
56 alten Welt. Der Klimaschutz ist der Innovationstreiber der neuen Welt. Und
57 sichert die Überlebensfähigkeit unserer Kinder und Enkel.

58 Klimaschutzpolitik ist für uns auch soziale Politik. Wir gestalten den
59 Strukturwandel hin zu einer ökologischen Gesellschaft sozial gerecht. Wir bieten
60 denjenigen eine Perspektive, die am stärksten von den Veränderungen betroffen
61 sind.

62 II. Transformation konkret – Klimawende 63 gestalten, Wirtschaft stärken und Wohlstand 64 sichern

65 Die grün-geführte Landesregierung hat den Klimaschutz ins Zentrum der Politik
66 gerückt und die ökologische Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft seit
67 2011 entschlossen vorangetrieben. Wir haben als eines der ersten Länder
68 überhaupt ein Klimaschutzgesetz verabschiedet und so dafür gesorgt, dass der
69 Klimaschutz in Baden-Württemberg Gesetzesrang hat. Grün macht ganz klar den
70 Unterschied. Seit wir Grüne an der Regierung sind, hat sich die in Baden-
71 Württemberg erzeugte Strommenge aus Windkraft verdreifacht. Wir könnten viel
72 weiter sein, würden die neuen Ausschreibungsregeln der CDU-geführten
73 Bundesregierung den Windkraftausbau in Süddeutschland nicht seit 2017
74 ausbremsen. Wir sorgen dafür, dass Dachflächen und geeignete Freiflächen stärker

75 zur Erzeugung von Sonnen-Strom genutzt werden. Die Landesregierung baut Solar
76 auf landeseigenen Dächern aus, mittlerweile sind 100.000 Quadratmeter bedeckt.
77 Nirgendwo sonst in Deutschland wird so viel in energetische Gebäudesanierung
78 investiert wie bei uns, bei der Energieeffizienz ist Baden-Württemberg
79 Spitzenreiter. Nach einer aktuellen Studie der „Agentur für Erneuerbare
80 Energien“ liegt Baden-Württemberg bei der Energiewende bundesweit auf Platz 1.

81 Bei der eigenen Verwaltung geht die Landesregierung mit gutem Beispiel voran.
82 Seit Beginn des Jahrzehnts hat die Landesverwaltung ihre Treibhausgasemissionen
83 um rund ein Drittel reduziert. Mit Kalifornien wurde eine schlagkräftige
84 internationale Klimaallianz der Regionen – die Under-2-Koalition – aus der Taufe
85 gehoben. Daraus ist inzwischen ein weltumspannendes Bündnis geworden: Über 220
86 Regionen und Metropolen mit mehr als 1,3 Milliarden Einwohner*innen und über
87 einem Drittel der weltweiten Wirtschaftskraft sind Teil der Koalition, die sich
88 zum Ziel gesetzt hat, den Temperaturanstieg auf weniger als zwei Grad zu
89 begrenzen. Auch mit dem Vermögen des Landes betreibt die Landesregierung
90 Klimaschutz, indem sie die Rücklagen für Pensionen nachhaltig anlegt. Das
91 bedeutet einen Investitionsstopp für die Geschäftsfelder, die den
92 Klimaschutzziele entgegenstehen.

93 Weil grüne Technologien längst Wachstumstreiber und Exportschlager sind,
94 unterstützt die grün-geführte Landesregierung die Unternehmen, ihre
95 Spitzenposition bei grünen Technologien und Ressourceneffizienz weiter
96 auszubauen, etwa mit dem Think Tank Ressourcenstrategien. Hier entwickeln
97 Wissenschaft und Unternehmen Hand in Hand die Technologien und
98 Produktionsverfahren von morgen.

99 Die grün-geführte Landesregierung hat ganz konkrete Weichen gestellt, um Baden-
100 Württemberg zum Vorreiter einer neuen nachhaltigen Mobilität zu machen. Die
101 Neuvergabe der Nahverkehrsnetze hat für besseren Schienennahverkehr gesorgt –
102 für weniger Geld. Mit dem neuen BW-Tarif kann jede und jeder mit einem einzigen
103 Ticket durch alle 22 Verkehrsverbände in Baden-Württemberg fahren – im Schnitt
104 um 25 Prozent günstiger. Ein bundesweit einmaliges Maßnahmenpaket sorgt für
105 saubere Luft in den Städten und besseren Klimaschutz im Verkehr, rund 450
106 Millionen Euro werden investiert in einen besseren und preiswerteren ÖPNV, in
107 elektrische Busse, in intelligente Verkehrssteuerung und mehr Park-and-ride-
108 Parkplätze. Das emissionsfreie Auto der Zukunft soll „Made in Baden-Württemberg“
109 sein. Deshalb hat unser Ministerpräsident als erster einen Strategiedialog zur
110 Transformation des Automobils gestartet, ein deutschlandweit einzigartiges
111 Format. Die Landesregierung treibt die wichtigen Schlüsseltechnologien
112 entschlossen voran, u. a. schafft sie mit neuen Stromtankstellen ein
113 flächendeckendes Ladenetz für Elektroautos und investiert in Batterie- und
114 Wasserstoffforschung. Die Förderung des Fahrrads als umweltfreundliches und
115 gesundes Verkehrsmittel nimmt endlich den Platz ein, den sie verdient. Zum
116 Ausbau der kommunalen Rad- und Fußverkehrsinfrastruktur wurden 93 neue Projekte
117 in das Förderprogramm 2018 bis 2022 aufgenommen, dafür stehen insgesamt 46
118 Millionen Euro zur Verfügung.

119 **1. Klimaneutrales und fossilfreies Baden-Württemberg bis**
120 **2040**

121 Um das Paris-Abkommen einzuhalten, müssen wir auch in Baden-Württemberg an Tempo
122 zulegen. Zwar wurden in den letzten Jahren gerade beim Ausbau erneuerbarer
123 Energien gute Fortschritte erzielt. In anderen Bereichen wie Verkehr oder
124 Gebäudewärme sind wir aber vom Erreichen der Klimaziele noch weit entfernt. Es
125 bedarf daher größter Kraftanstrengungen auf allen politischen Ebenen und in der
126 Zivilgesellschaft. Nach dem Konzept des *Carbon Budgets* hat Baden-Württemberg nur
127 noch 610 Millionen Tonnen CO₂ zur Verfügung. Bei gleichbleibendem Ausstoß wäre
128 dieses Budget schon 2024 aufgebraucht.

129 Unser Schrittmacher: das neue Klimaschutzgesetz. Die Eckpunkte hat die grün-
130 geführte Landesregierung beschlossen. Mit dem Integrierten Energie- und
131 Klimaschutzkonzept (IEEK) erarbeitet sie unter Beteiligung der Bürger*innen ein
132 ambitioniertes Maßnahmenpaket dazu. Das IEKK stellt die konzeptionelle Grundlage
133 für die Energie- und Klimapolitik in Baden-Württemberg dar. Unser Ziel: unsere
134 Emissionen bis 2030 um mindestens 42 Prozent zum Basisjahr 1990 zu senken. Um
135 ein klimaneutrales Baden-Württemberg bis 2040 zu erreichen, müssen wir diese
136 Ziele weiterentwickeln. Ambitionierter Klimaschutz ist eine Chance. Denn als
137 Innovationsstandort ist unser Land in einer Vorreiterrolle. Gutes Klima, gute
138 Wirtschaft. Wir wollen zeigen, dass der Schutz des Klimas die Basis für
139 langfristig erfolgreiches Wirtschaften ist. Gemeinsam mit Unternehmen,
140 Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften werden wir die Entwicklung fossilfreier
141 Technologien weiter fördern und zur Marktreife bringen.

142 Die öffentliche Hand muss beim Klimaschutz Vorbild sein, indem Landes- und
143 Kommunalverwaltungen bis 2030 weitgehend klimaneutral arbeiten. Hierbei
144 unterstützt der Klimaschutzpakt des Landes, dem sich bereits ca. 250 Städte und
145 Gemeinden angeschlossen haben. Auch in Verwaltungsverfahren muss der Klimaschutz
146 gestärkt werden. Alle zur Entscheidung anstehenden Planungen und Baumaßnahmen
147 sind auf ihre Klimaverträglichkeit hin zu prüfen, bevor eine politische
148 Entscheidung über die Umsetzung erfolgt.

149 Wir wollen in Baden-Württemberg so viel Treibhausgas wie möglich einsparen. Was
150 wir darüber hinaus in Baden-Württemberg durch CO₂-Senken, wie zum Beispiel
151 Moore, kompensieren können, wollen wir vor Ort umsetzen. Sollte es noch Bedarf
152 für zusätzliche CO₂-Kompensationen geben, sollen diese vorrangig aus Senken
153 innerhalb der Europäischen Union kommen und die zusätzliche, langfristige und
154 nachhaltige Bindung von Treibhausgasen sicherstellen.

155 Um Klimaschutz die Bedeutung zukommen zu lassen, die er verdient, wollen wir für
156 Infrastruktur und andere bedeutsame Projekte in Baden-Württemberg einen
157 Klimavorbehalt. Damit sollen alle zukünftigen Vorhaben und Gesetze auf ihre
158 Klimaverträglichkeit überprüft werden. Das Pilotprojekt Gemeinwohlbilanz, das
159 derzeit im Land in der Umsetzung ist, werden wir evaluieren und unter
160 Berücksichtigung der Erfahrungen weiter ausweiten.

161 Auf die Kommunen kommt es an. Ob bei der Strom- und Wärmewende, energetischen
162 Gebäudesanierungen, ressourcenschonendem Bauen, nachhaltiger Stadtentwicklung

163 oder klimafreundlicher Mobilität. Und durch Projekte in der Kommune wird der
164 Klimaschutz vor Ort greifbar, nachvollziehbar, erlebbar. Das Land unterstützt
165 sie mit passgenauen Förderprogrammen wie „Klimaschutz Plus“, die weiter
166 aufgestockt werden müssen.

167 Es muss endlich für CO₂ in allen Sektoren einen Preis geben. Einen Preis mit
168 Lenkungswirkung. Wir unterstützen den Vorstoß der Bundesgrünen und der grün-
169 regierten Länder für ein konkretes Modell, einen Preis für den Ausstoß von CO₂
170 einzuführen. Nur wenn die Preise die ökologische Wahrheit sagen, werden
171 ökonomische Anreize für Klimaschutz gesetzt. Wir wollen nach dem Grundsatz
172 handeln: Die alte Energiewelt finanziert die neue. Hier muss der Bund aktiv
173 werden. Auf fossile Kraft- und Brennstoffe wird ein Preisaufschlag erhoben, der
174 über die Zeit anwächst. Es ist quasi eine Müllgebühr für den klimazerstörenden
175 CO₂-Abfall. Die Einnahmen werden als Energiegeld und durch die Senkung der
176 Stromsteuer an die Bürgerinnen und Bürger zurückgegeben. Dadurch entsteht ein
177 sozialer Klimaausgleich, der klimaschützendes Verhalten fördert.

178 Gleiches gilt für Unternehmen: mit einem für den Klimaschutz wirksamen CO₂-
179 Mindestpreis im Emissionshandel, der bei 40 Euro pro Tonne beginnt und
180 planungssicher ansteigt. Damit werden Einnahmen generiert, die an die Wirtschaft
181 zurückfließen und Anreize für Innovationen und Investitionen in
182 klimaverantwortliche Produkte und Produktionsweisen geben. Es kommt vor allem
183 darauf an, den CO₂-Preis zügig einzuführen. Wir können bei der Rettung des
184 Klimas nicht weitere Jahre verschenken.

185 Die Ziele des Paris-Abkommens erreichen wir nur gemeinsam. Alle politischen
186 Ebenen – die EU, die Mitgliedsstaaten, Länder und Regionen, die Kommunen –
187 müssen eng vernetzt zusammenarbeiten. Die von Baden-Württemberg initiierte
188 Under-2-Koalition zeigt, wie gut Klimaschutz vorankommt, wenn alle mitmachen.
189 Auch die International Zero-Emission Vehicle Alliance (ZEV Alliance) wird von
190 Baden-Württemberg aktiv unterstützt.

191 Der Klimawandel wartet nicht – wir müssen jetzt handeln. Es drängt. Wir fordern
192 daher die Landesregierung und die Landtagsfraktion auf, ein Sofortprogramm für
193 den Klimaschutz auf den Weg zu bringen, das überall dort greift, wo
194 klimarelevante Fragen in Landeskompetenz fallen, und wo die bisher ergriffenen
195 Maßnahmen nicht ausreichen. Die Landesverwaltung selbst hat das Ziel, bis 2040
196 klimaneutral zu werden – das geht schneller. Im Landeshaushalt 2020/2021 sollen
197 deswegen bestehende Projekte und Förderprogramme auf ihre Klimawirksamkeit hin
198 überprüft werden. Ein Klimapaket bündelt zusätzliche Maßnahmen in allen
199 Ressorts:

200 - die Energieeffizienz mit einem Förderprogramm für Kommunen für kommunale
201 Wärmeplanung steigern und umsetzen;

202 - eine Offensive für gebäudeintegrierte Photovoltaikanlagen auflegen;

203 - durch eine Angebotsoffensive für mehr Busse und Bahnen und eine verlässliche
204 Mobilitätsgarantie umweltfreundliche Verkehrsträger ausbauen;

205 - mit dem Strategiedialog Automobilwirtschaft die Notwendigkeit der
206 Transformation der Automobilwirtschaft hin zum emissionsfreien Fahren sichtbar
207 machen;

208 - in Wissenschaft und Forschung mit dem emissionsfreien Campus und dem
209 Innovationscampus Mobilität Vorzeigeprojekte fördern;

210 - durch eine verstärkte Förderung ökologischer Landwirtschaft den Klimaschutz
211 stärker verankern.

212 **1.1 Unser Land voller Energie: Strom, Wärme und Netz**

213 Im Bereich Energie haben acht Jahre grüne Regierungsführung deutliche Wirkung
214 gezeigt: Der Anteil erneuerbarer Energien ist von 17,2 Prozent im Jahr 2010 auf
215 27,5 Prozent im Jahr 2017 gestiegen, der Windkraftausbau kam endlich in Schwung
216 mit einer Verdreifachung der installierten Leistung seit 2011, das Erneuerbare-
217 Wärme-Gesetz wurde novelliert und ambitionierter ausgestaltet, vielfältige
218 Förderprogramme schaffen Anreize zur Energieeinsparung und
219 Energieeffizienzmaßnahmen und die PV-Offensive soll den Ausbau der Solarenergie
220 weiter voranbringen, sodass wir das Ziel der CO₂-Neutralität bis zum Jahre 2040
221 erreichen. Trotzdem sind wir noch lange nicht am Ziel und müssen vor dem
222 Hintergrund der auch in Baden-Württemberg verfehlten Klimaziele das Tempo
223 erhöhen. Wir lehnen weitere Investitionen in fossile Infrastruktur ab und setzen
224 auf den konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energien, der Speichertechnologien,
225 der Übertragungs- und Verteilnetze sowie Energieeffizienzmaßnahmen und -
226 technologien.

227 Der größte Hebel bei der Energieerzeugung auf Landesebene ist die Verfügbarkeit
228 von Flächen. Das größte Potenzial hat in Baden-Württemberg die Solarenergie –
229 wir wollen mehr Flächen hierfür planerisch zugänglich machen, die
230 Genehmigungsverfahren beschleunigen und das Beratungsangebot für die Kommunen
231 ausbauen. Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, Freiflächen-Photovoltaik
232 auch im Außenbereich als privilegierte Maßnahme zu zulassen. Dabei achten wir
233 darauf, der Landwirtschaft wertvolle Anbauflächen nicht zu entziehen. Darüber
234 hinaus wollen wir den Bau von Photovoltaikanlagen auf Neubauten verpflichtend
235 machen und Bürgersolaranlagen und Energiegenossenschaften fördern.

236 Die regionalen Energieagenturen und die Klimaschutz- und Energieagentur des
237 Landes sind wichtige Partner für den Klimaschutz – wir wollen sie weiter stärken
238 und für die Ziele des Klimaschutzes nutzen.

239 Wir wollen Verbindlichkeit und Planungssicherheit beim Ausbau von erneuerbaren
240 Energien, deshalb sollen den Planungsträgern Ausbauziele vorgegeben werden. Wir
241 fordern die Bundesregierung auf, die vielen Deckelungen der erneuerbaren
242 Energien aufzuheben. Sie muss die jährlichen Ausbauziele für erneuerbare
243 Energien sowie die jährlichen Ausschreibungsmengen für PV-Freiflächenanlagen und
244 Windkraftanlagen deutlich erhöhen.

245 Wir wollen Baden-Württemberg zu einem Klimaschutz-Musterland machen. Die
246 Landesverwaltung soll ihre Vorbildfunktion annehmen und bis zum Jahr 2030 CO₂-

247 neutral arbeiten. Dazu wollen wir die energetische Gebäudesanierung
248 landeseigener Liegenschaften voranbringen, das Projekt „Green IT“ fortschreiben
249 und ambitionierter machen und bei Neuanschaffungen für die Fahrzeugflotte auf
250 erneuerbare Antriebe setzen. Da Fahrzeuge mindestens zehn Jahre in Betrieb sind,
251 soll die Landesregierung bereits heute, wo immer möglich, keine fossil
252 betriebenen Fahrzeuge mehr beschaffen. Dienstreisen sollen möglichst
253 klimafreundlich realisiert oder, wenn nicht möglich, kompensiert werden. Beim
254 Photovoltaik-Ausbau wollen wir im Land mit gutem Beispiel vorgehen und bis zum
255 Jahr 2030 alle dafür geeigneten landeseigenen Gebäude mit Potenzial mit PV-
256 Anlagen ausgestattet haben. Für interne Berechnungen der Landesregierung zu den
257 Kosten des CO₂-Ausstoßes soll ein Schattenpreis von 180 Euro pro Tonne
258 eingeführt werden. Dieser bildet die realen Kosten für Gesellschaft und Umwelt
259 ab. Mit einem solchen Schattenpreis für alle Verwaltungsaktivitäten wird es
260 einfacher, wenig CO₂-intensive Produkte und Verfahren zu bevorzugen. Folgen- und
261 Kostenabschätzungen von Maßnahmen und Gesetzen berücksichtigen damit vollständig
262 den Klimaschutz.

263 Auch die baden-württembergischen Unternehmen gehen beim Klimaschutz voran. So
264 will zum Beispiel Bosch ab 2020 als erstes großes Industrieunternehmen komplett
265 klimaneutral sein. Wir begrüßen diese Zielsetzung und wollen einen Klimadialog
266 mit der Industrie führen, um die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens zu
267 fördern. Die landeseigenen Unternehmen und Unternehmen mit Beteiligung des
268 Landes sollen dafür mit gutem Beispiel vorgehen und bis zum Jahr 2035 CO₂-
269 neutral arbeiten. Kleinere Anteile an Unternehmen, die mit fossilen
270 Energieträgern umgehen, sollen zeitnah aus dem Portfolio des Landes entfernt
271 werden. Die EnBW fordern wir dazu auf, die Europäischen Schutzstandards für
272 Quecksilber- und Stickoxidemissionen in allen ihren Kraftwerken, insbesondere im
273 Kraftwerk Lippendorf, unverzüglich einzuhalten und bis zum Jahr 2023 die
274 Verstromung der CO₂-intensiven Braunkohle zu beenden. Unternehmen, an denen das
275 Land oder seine Institutionen größere Anteile besitzen (EnBW, Flughafen
276 Stuttgart, Flughafen Karlsruhe/Baden-Baden), sollen Treibhausgasneutralität
277 inklusive aller erbrachten Dienstleistungen schon im Jahr 2035 erreichen. Wir
278 begrüßen, dass die Landesregierung sich das Ziel gesetzt hat, auch bei den
279 landeseigenen Unternehmen treibhausgasneutral zu handeln.

280 **1.2 Mobilitätsland der Zukunft: klimafreundlich, vernetzt,** 281 **digital**

282 Das gegenwärtige Mobilitätssystem stößt an seine Grenzen. Es schadet dem Klima,
283 der Umwelt und unserer Lebensqualität. Kurzum: Es ist nicht zukunftstauglich.
284 Der Verkehr ist für knapp ein Drittel aller Treibhausgase in Baden-Württemberg
285 verantwortlich. Da packen wir an. Es ist klar: ohne Verkehrswende keine
286 Klimawende. Wer den Klimaschutz ernst meint, treibt die Verkehrswende voran. Wir
287 Grüne handeln – beherzt und innovativ: bei der Vermeidung von Verkehr, der
288 Verlagerung auf effizientere Verkehrsträger und einer zügigen Dekarbonisierung
289 aller Verkehrsströme. Das gilt für die Mobilität von Menschen und den
290 Gütertransport. Damit die Verkehrswende gelingt, haben wir uns noch mehr
291 vorgenommen.

292 *Öffentlichen Verkehr im Land verdoppeln*

293 Die wichtigste Stellschraube in der Verantwortung des Landes, um die
294 Klimaschutzziele zu erreichen, ist die Verdopplung der Fahrgastnachfrage im
295 öffentlichen Verkehr in Baden-Württemberg bis 2030. Dazu müssen Bahnen und Busse
296 flächendeckend im Takt verkehren, eine zuverlässige Qualität bieten und
297 preislich attraktiv sein. Daran wollen wir arbeiten.

298 Wir Grüne setzen uns für eine Mobilitätsgarantie für ganz Baden-Württemberg ein:
299 Ab 2025 soll jede Kommune im Land zwischen 5 und 24 Uhr mindestens stündlich mit
300 der Bahn, dem Bus, dem Ruftaxi oder dem Rufbus erreichbar sein. In den
301 Verdichtungsräumen sollen alle Ortschaften mindestens halbstündlich angebunden
302 sein. Den Schienenpersonennahverkehr in der Zuständigkeit des Landes werden wir
303 bis 2025 gegenüber 2015 um 30 Prozent ausbauen. Der Mindeststandard des
304 Stundentakts von 5 bis 24 Uhr wird dann im ganzen Land umgesetzt, auf vielen
305 Strecken der Halb- oder Viertelstundentakt Realität sein. Bis zum Jahr 2030
306 wollen wir dann mindestens den Halbstundentakt für über 95 Prozent der
307 Bahnfahrgäste in Baden-Württemberg erreichen und die Kapazitäten weiter
308 ausbauen.

309 Die großen Qualitätsdefizite im Schienenverkehr müssen der Bund als Eigentümer
310 des Netzes und die Länder durch ein nachhaltiges Investitions- und
311 Ausbauprogramm beheben. Bestandteil der Bahnoffensive muss ein ausreichender
312 Kapazitätsausbau im Hauptnetz sein. Wir brauchen die rasche Realisierung des
313 viergleisigen Ausbaus der Rheintalbahn, die Neubaustrecke Mannheim-Karlsruhe und
314 Kapazitätsergänzungen im Knoten Stuttgart. Den integralen Taktfahrplan wollen
315 wir für das Land für bessere und zuverlässigere Verbindungen fortentwickeln und
316 das Netz flächenhaft ausbauen.

317 Die Elektromobilität auf der Schiene wollen wir vorantreiben und den Anteil der
318 elektrisch betriebenen Nahverkehrsleistungen bis 2030 auf über 90 Prozent
319 erhöhen. Dazu fördern wir die Elektrifizierung vieler Bahnstrecken wie der
320 Südbahn, der Breisgau-S-Bahn, der Hochrheinstrecke, der Bodenseegürtelbahn oder
321 der Regionalstadtbahnen Neckar-Alb und Donau-Iller. Bis zum Jahr 2025 werden wir
322 die Weichen für die Reaktivierung von 20 stillgelegten Bahnstrecken stellen. In
323 den Städten wollen wir den Ausbau der Stadtbahn- und Straßenbahnnetze weiter
324 fördern und damit vorantreiben.

325 Daneben brauchen wir auch attraktive Busverkehre in Stadt und Land. Mit einem
326 landesweiten Netz staufreier Schnellbuslinien und einer stündlichen
327 Mindestbedienung (Mobilitätsgarantie) in allen Orten sowie attraktiven und
328 verständlichen Tarifen wollen wir dem Busverkehr einen entscheidenden Schub
329 versetzen. Dieser Aufgabenbereich fällt in die Zuständigkeit der Kommunen. Das
330 Land unterstützt sie dabei bereits durch das Förderprogramm Regiobusse, durch
331 die Aufstockung der ÖPNV-Fördermittel auf 250 Millionen Euro pro Jahr und
332 Pilotvorhaben für On-Demand-Verkehre in der Fläche. Dies wollen wir durch
333 weitere gezielte Förderprogramme für den garantierten Stundentakt in der Fläche
334 ausbauen.

335 Bahn- und Busfahren muss im ganzen Land günstiger und unkomplizierter werden.
336 Tarife müssen einfach verständlich sein, damit sie den Umstieg auf Busse und
337 Bahnen erleichtern. Unser Ziel: eine Reise – ein Ticket. Mit dem BW-Tarif ist
338 dies auch über Verbundgrenzen hinweg Realität geworden. Dabei haben wir die
339 Preise für das Bahnfahren im Land um durchschnittlich 25 Prozent gesenkt – ein
340 wichtiger Beitrag zur Attraktivität der Schiene. Bis Ende 2020 wollen wir den
341 BW-Tarif durch attraktive Zeittickets für Pendler*innen und eine attraktive
342 Jahresnetzkarte komplettieren. Mit dem BW-Tarif als Klammer wollen wir ein
343 einheitliches elektronisches Ticketing in Baden-Württemberg umsetzen. Wir wollen
344 die Verbreitung des 365-Euro-Jahrestickets in den Kommunen unterstützen. Der
345 kommunale ÖPNV muss nachhaltiger finanziert werden. Deshalb fordern wir den
346 Landtag auf, die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Kommunen
347 auf eigenen Wunsch einen Mobilitätspass als (Nahverkehrs-)Abgabe einführen, den
348 ÖPNV ausbauen und zu günstigen Preisen anbieten können.

349 Wenn wir verschiedene Verkehrsmittel kombinieren, wird klimaneutrale Mobilität
350 attraktiver. Mit 1.000 Mobilitätshubs an 100 attraktiven Bahnhöfen und 900
351 kleineren Umstiegsorten wollen wir den Schienen- und Busverkehr mit dem Fuß- und
352 Radverkehr verknüpfen. Daneben müssen Car- und Ride-Sharing-Angebote ausgebaut
353 werden. Die User*innen müssen mit Echtzeit-Informationen versorgt werden,
354 Auskunfts- und Buchungsmöglichkeiten müssen einfacher gestaltet werden. Ein
355 Ticket bzw. eine App für alle Verkehrsmittel ist ein wichtiger Schritt dorthin.

356 *Jedes dritte Auto wird klimaneutral angetrieben*

357 Die Elektromobilität stellt einen zentralen Entwicklungspfad für die
358 klimafreundliche Mobilität dar. Damit im Jahr 2030 mindestens jeder dritte der
359 dann noch sechs Millionen Pkw klimaneutral unterwegs sein kann, müssen wir die
360 Infrastrukturen dafür schaffen. Mit der „Landesinitiative Elektromobilität III“
361 schaffen wir unter anderem ein flächendeckendes Netz von Ladesäulen im Land, das
362 Baden-Württemberg zur Leitregion für E-Mobilität macht. Elektroautos werden
363 überwiegend privat geladen – am Arbeitsplatz, zu Hause, in der Unterkunft. Durch
364 lange Ladezeiten wird auch das Stromnetz nicht über Gebühr belastet und sogar
365 ein Lastenmanagement möglich. Wir wollen schrittweise keine Stellplätze für
366 fossil betriebene Autos mehr vorschreiben und alle neuen Stellplätze mit
367 Lademöglichkeiten ausgestattet sehen. Land und Kommunen sollen klimaneutralen
368 Fahrzeugen Benutzervorteile vor fossil betriebenen Fahrzeugen gewähren, z. B.
369 beim Parken.

370 Um den Transformationsprozess hin zu klimaneutralen Antrieben und
371 Mobilitätsangeboten aktiv zu gestalten, hat die Landesregierung 2017 den
372 Strategiedialog Automobilwirtschaft BW begonnen. Politik, Wirtschaft,
373 Wissenschaft, Arbeitnehmerverbände, Verbraucherorganisationen, Umweltverbände
374 und Zivilgesellschaft erarbeiten Projekte und Konzepte, um den
375 Transformationsprozess erfolgreich zu gestalten. Der Klimaschutz als globale
376 Rahmenbedingung unseres Wirtschaftens ist dabei handlungsleitend, aber auch die
377 Sicherstellung von Transport und Mobilität mit klimafreundlichen
378 Verkehrsmitteln.

379 Baden-Württemberg ist ein Mobilitätsland: Rund 470.000 Beschäftigte sind direkt
380 oder indirekt vom Automobil abhängig. Mit unserem hohen Exportanteil tragen wir
381 als Wirtschaftsstandort zugleich eine globale Verantwortung für die
382 verkehrsbedingten CO₂-Emissionen. Wir sind überzeugt: Die Transformation der
383 Automobilwirtschaft Baden-Württembergs zum Leitanbieter für nachhaltige
384 Mobilität ist für den Klimaschutz ebenso notwendig wie für die langfristige
385 Sicherung von Arbeitsplätzen.

386 Der Umstieg auf klimaschonende Antriebe ist zentral für den Klimaschutz.
387 Weltweit wird gerade das Auto neu erfunden – die Ära des fossilen
388 Verbrennungsmotors geht unweigerlich zu Ende. Die Zukunft der deutschen
389 Automobilindustrie entscheidet sich daran, ob sie bei dieser Veränderung vorne
390 mit dabei ist. Für unsere ambitionierten Klimaschutzziele braucht es politisch
391 einen ehrgeizigen Rahmen, der ein planbares Ende des fossilen Verbrennungsmotors
392 schafft, sowie die notwendige Förderung der Umstellung.

393 *Ein Drittel weniger Kfz-Verkehr ist in den Städten unterwegs*

394 Mehr Klimaschutz heißt: mehr Lebensqualität in unseren Städten und Ortskernen.
395 Wir wollen ein Drittel weniger Pkw- und Lieferverkehr in unseren Städten
396 erreichen. Ein guter ÖPNV, großzügige Rad- und Fußwege und City-Logistik-
397 Konzepte machen das möglich, wenn sie dafür Platz und Entfaltungsmöglichkeiten
398 bekommen. Bis 2030 wollen wir 500 zusätzliche lebendige und verkehrsberuhigte
399 Ortsmitten schaffen. Dieses Mobilitäts- und Klimaschutzprogramm fährt viele
400 Ernten ein: weniger Lärm und bessere Luft, mehr Aufenthaltsqualität und mehr
401 Verkehrssicherheit, mehr Chancen für die Nahversorgung und einen attraktiven
402 Einzelhandel, also schlicht lebenswerte Städte und Orte.

403 *Jeder zweite Weg wird selbstaktiv mit Rad oder zu Fuß zurückgelegt*

404 Mit dem E-Bike oder reiner Muskelkraft: Immer mehr Berufspendler*innen fahren
405 mit dem Rad zur Arbeit. Wir wollen und müssen dieses Potenzial für den
406 Klimaschutz nutzen. Jeder zweite Weg soll 2030 selbstaktiv mit Rad oder zu Fuß
407 zurückgelegt werden. Entscheidend sind die zwanzig neuen Radschnellverbindungen,
408 die das Land bis 2030 in Kooperation mit den jeweiligen Kommunen baut und
409 finanziert. Die Schnittstelle zwischen ÖPNV und Fahrrad muss einfacher werden:
410 Deshalb wollen wir die Zahl der Bike-and-ride-Stellplätze im Land mit 100.000
411 zusätzlichen sicheren Stellplätzen verdoppeln.

412 *Jede dritte Tonne im Güterverkehr wird klimaneutral transportiert*

413 Das elektrische Lastenfahrrad ist schon heute ein Symbol neuer Mobilität in der
414 Logistik. Es kann künftig jeden dritten Weg im städtischen Güterverkehr
415 übernehmen. Jede dritte Tonne soll bis 2030 klimaverträglich transportiert
416 werden, mit Bahn, E-Lkw, Binnenschiff oder regenerativem Kraftstoff. Bis 2030
417 sollen deshalb 50.000 klimaneutrale Lkw auf den Straßen unterwegs sein. Dies
418 setzt industriepolitisch ein Signal an die Lkw-Hersteller, dass klimaneutrale
419 Lkw und damit auch klimaneutrale Busse endlich in die Serienfertigung gehören.
420 Klimaneutrale Logistikgebiete und Innenstädte werden eine wichtige Rolle
421 spielen, um die Klimaziele zu erreichen. Der Umbau des Güterfernverkehrs soll
422 nicht aus Steuergeldern, sondern durch die Verursacher finanziert werden. Daher

423 wollen wir uns dafür einsetzen, die Lkw-Maut für fossile Lkw auch auf Landes-
424 und Kommunalstraßen auszuweiten und die Einnahmen für Land und Kommunen zu
425 erschließen. An Flughäfen in Baden-Württemberg wollen wir den Einsatz von
426 regenerativ erzeugtem Kerosin bzw. reFuels vorantreiben. Um den Bedarf an
427 inländischen Flugverbindungen und Kurzflügen zu senken, unterstützen wir den
428 Ausbau schneller Schienenverbindungen. So hat die Fahrtzeitverkürzung auf der
429 ICE-Strecke München–Nürnberg–Berlin dazu geführt, dass die Flugverbindung
430 Nürnberg–Berlin aus Unrentabilität gestrichen wurde. Ein weiterer Ausbau der
431 Fluginfrastruktur wirkt hier kontraproduktiv.

432 *Forderungen an den Bund*

433 Die vielen guten Ansätze bei uns müssen vom Bund flankiert werden. Zentral dabei
434 ist, die einseitige Subventionierung des Auto- und Flugverkehrs zu Lasten der
435 Bahn sofort zu beenden. Zudem muss aus dem Bundesverkehrswegeplan endlich ein
436 nachhaltiger Mobilitätsplan für Deutschland werden.

437 Der Bund muss als Eigentümer der Bahn endlich einen klaren Leistungsauftrag und
438 die notwendigen Ressourcen bereitstellen, um das Ziel der Verdopplung der
439 Reisendenzahlen bis 2030 zu erreichen. Trassenpreise müssen gesenkt werden,
440 damit die Schiene wieder wettbewerbsfähiger wird. Die Mehrwertsteuer auf
441 Bahntickets muss auch im Fernverkehr zum reduzierten Satz angeboten werden.

442 Auch unsere Steuersystematik braucht einen Klimakompass: Wir wollen die
443 Steuerbefreiung für Flugbenzin (Kerosin) schrittweise streichen wie auch die
444 steuerliche Begünstigung des Diesels und das Dienstwagenprivileg. Es kann nicht
445 sein, dass der Staat einerseits Elektromobilität fördert und gleichzeitig ein
446 Mehrfaches an Subventionen für große Dienstwagen und Dieselfahrzeuge ausbringt.

447 Die Verkehrswende hin zu neuer, nachhaltiger Mobilität kann nur gelingen, wenn
448 sie mit einer Energie- und Mobilitätswende einhergeht.

449 **1.3 Klimaschutz in Wohnungspolitik und Städtebau**

450 Das Stiefkind der Energiewende ist leider immer noch der Gebäudebereich – dabei
451 liegt hier einer der wichtigsten Hebel für mehr Klimaschutz und CO₂-Einsparung
452 in großem Umfang. Die grün-geführte Landesregierung zeigt, wie es geht, indem
453 sie die Förderprogramme neu gestrickt hat, um so einen Großteil der KfW-Mittel
454 nach Baden-Württemberg zu bringen. Die neuen Programme wiederum wurden vom Bund
455 kopiert. Mit der Novelle des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes wurde der Klimaschutz
456 weiter gestärkt. Wir wollen die Anstrengungen hier intensivieren und weiter
457 beschleunigen.

458 Die Bundesregierung muss endlich die steuerliche Absetzbarkeit von Maßnahmen zur
459 energetischen Gebäudesanierung gemeinsam mit den Ländern umsetzen.

460 Wir fordern darüber hinaus das Verbot neuer Ölheizungen sowie eine
461 Betriebsbeschränkung bestehender Ölheizungen abhängig von deren Alter und mit
462 entsprechenden Ausnahmen für Härtefälle. Das Erneuerbare-Wärme-Gesetz wollen wir
463 konsequent weiterentwickeln, die Dekarbonisierung von Wärmenetzen vorantreiben,
464 die Erstellung von Wärme- und Kälteplänen verpflichtend machen und prüfen, bis

465 wann und wie die Förderung fossil befeuerter Heizungsanlagen zurückgeführt
466 werden kann.

467 Lebendige und lebenswerte Städte und Dörfer sind klimafreundlich. Mit kurzen
468 Wegen zwischen Wohnen, Arbeiten und Einkaufen, die Menschen gerne zu Fuß und mit
469 dem Fahrrad zurücklegen. Wir nehmen im Gegensatz zu anderen politischen Kräften
470 den Grundsatz Innenentwicklung vor Außenentwicklung auf allen politischen Ebenen
471 ernst und setzen auf verdichtetes Wohnen im Innenbereich. Die autogerechte Stadt
472 der 1960er Jahre und das Donut-Dorf mit totem Ortskern und einem Ring von
473 Neubausiedlungen sind nicht mehr zeitgemäß und stehen dem Klimaschutz entgegen.
474 Wir kämpfen für mehr Platz für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen in den
475 Städten und Orten, für attraktive öffentliche Räume und gegen die Zersiedelung
476 des ländlichen Raums.

477 **1.4 Industriestandort Baden-Württemberg - Erdöl war gestern**

478 Wir wollen weltweit ein Zeichen setzen: Wettbewerbsfähig und erfolgreich
479 produzieren geht auch ohne Erdöl. Dafür müssen wir die Transformation so
480 gestalten, dass besonders energieintensive Branchen verlässliche Zielvorgaben
481 erhalten, um notwendige Investitionen zu tätigen. Energiebedingte Emissionen von
482 6,5 Millionen Tonnen sollen bis 2030 um 62 Prozent reduziert und bis 2040
483 vollständig eliminiert werden. Bei der Herstellung von Papier und Pappe ist der
484 Endenergieverbrauch in Baden-Württemberg derzeit am höchsten, gefolgt vom
485 Fahrzeugbau, der Verarbeitung von Steinen und Erden (größtenteils Zement und
486 Kalk) sowie dem Maschinenbau. Die prozessbedingten Emissionen betragen etwa 2,9
487 Millionen Tonnen, wovon rund 2,2 Millionen Tonnen auf die Zementherstellung
488 entfallen. Das macht die enorme Bedeutung der Transformation der
489 Zementherstellung und damit der Verarbeitung von Steinen und Erden deutlich.

490 Beim erfolgreichen Wandel des Industriestandorts setzen wir auf ambitionierte,
491 aber langfristige und verlässliche politische Vorgaben, beste Forschung und
492 exzellente Aus- und Weiterbildung. Alle drei Faktoren zusammen setzen das
493 Innovationspotential frei, das wir für den Transformationsprozess so dringend
494 brauchen. Grüne Industriepolitik will langfristig Innovationspotentiale fördern,
495 nachhaltig und gute Arbeitsplätze sichern und Wertschöpfung entlang der gesamten
496 Wertschöpfungskette schaffen und erhalten. Den Wandel hin zu einer erdölfreien
497 Wirtschaft sehen wir als wichtigsten Treiber, damit die baden-württembergische
498 Wirtschaft auch in Zukunft weltweit erfolgreich ist. Umfassende Förderprogramme
499 für eine klimafreundliche Wirtschaftsweise, wie sie im Energie- und Klimafonds
500 bereits eingestellt sind, müssen konsequent, z. B. für die Dekarbonisierung der
501 Industrie oder auch für die Flottenumstellung auf E-Mobilität, umgesetzt werden.

502 Mit dem Zentrum für Ultraeffizienzfabriken wollen wir die Plattform für
503 Forschungs- und Demonstrationszwecke stärken, um zu verdeutlichen, wie die
504 energie- und ressourceneffiziente Produktion der Zukunft aussehen kann. Mit den
505 Landesagenturen, dem breiten Beratungsnetzwerk für den Mittelstand und den
506 Forschungseinrichtungen unterstützen wir den Trend in den Unternehmen, Energie-
507 und Materialeffizienz konsequent zu leben. Den Ausstieg aus CO₂-intensiven
508 fossilen Energieträgern kompensieren wir durch Erneuerbare wie Photovoltaik und

509 Wind, Biomasse oder Fernwärme, übergangsweise mit Erdgas. Industrielle Abwärme
510 wollen wir innerhalb sowie außerhalb der Betriebe, z. B. zur Versorgung von
511 Fernwärmenetzen, nutzen.

512 *Projekt: Zusammen mit den Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften, Hochschulen und*
513 *privaten Weiterbildungsträgern wollen wir eine Bildungsroadmap Umwelttechnik auf*
514 *den Weg bringen. Dafür wollen wir die Aus- und Fortbildungsangebote im Bereich*
515 *Umwelttechnik sichten, das Angebot wo nötig ausbauen und die relevanten Akteure*
516 *besser vernetzen.*

517 **1.5 Finanzmärkte für ökologisch-soziale Modernisierung** 518 **nutzen**

519 Die Finanzmärkte müssen einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, die schnelle
520 Transformation hin zu einer erdölfreien, nachhaltigen Wirtschaft zu finanzieren.
521 Investitionen der öffentlichen Hand sind wichtig, reichen aber für die immense
522 Aufgabe nicht aus. Wir begrüßen ausdrücklich, dass sowohl das Europäische
523 Parlament als auch eine hochrangige Expertengruppe der Kommission wichtige
524 Vorschläge für eine grüne Finanzmarktgestaltung vorgelegt haben. Die
525 Kapitalmärkte müssen auf langfristige, innovative und effiziente Geldanlagen
526 ausgerichtet sein. Preise für Anlagen müssen Nutzen und die Risiken für Umwelt,
527 Gesellschaft und Unternehmensführung widerspiegeln. Die Finanzstabilität ist
528 auch durch klimaschädliche Investitionen gefährdet. Wir stellen mit großer Sorge
529 fest, dass in Baden-Württemberg, in Europa, vor allem aber im globalen Süden,
530 viele Klimarisiken nicht versichert sind. Dies birgt erhebliche Risiken für
531 globale Chancengerechtigkeit, die Klimakrise darf nicht zu einer Humanitäts- und
532 Finanzkrise werden. Verbraucher*innen soll es leicht gemacht werden, durch ihre
533 Anlageentscheidungen die soziale und ökologische Transformation unserer
534 Wirtschaft zu fördern.

535 Obwohl die Regulierungsentscheidungen in Brüssel und Berlin getroffen werden,
536 hat das Land Baden-Württemberg als Akteur an den Finanzmärkten eine
537 Vorbildfunktion. Wir begrüßen darum die Entscheidung der grün-geführten
538 Landesregierung, das Pensionsvermögen des Landes nachhaltig anzulegen. Wir sehen
539 mit Sorge, dass Klimaschäden den Haushalt immer mehr belasten. Allein die
540 Kompensation von Frostschäden oder die notwendige Hilfe für Kommunen bei
541 Starkregenschäden belastet den Haushalt mit dreistelligen Millionenbeträgen.

542 *Projekt: Wir wollen den Landeshaushalt klimafest machen. Dazu identifizieren wir*
543 *alle Stellen, an denen momentan Klimaschäden oder -risiken sozialisiert werden.*
544 *Diese Risiken wollen wir so managen, dass der Schaden für die Steuerzahler*innen*
545 *möglichst gering ist.*

546 *Projekt: Wir wollen die Chancen unserer Investitionen mit Blick auf den*
547 *Klimaschutz stärker in den Blick nehmen. Die Geldanlagen des Landes sollen auch*
548 *in Infrastrukturprojekte der Energiewende und des Klimaschutzes gehen.*

549 **1.6 Die Landwirtschaft der Zukunft - gut für Landwirt*innen,**
550 **Umwelt und Tiere**

551 Auch die Landwirtschaft spielt eine erhebliche Rolle beim Klimaschutz und dem
552 Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Die intensive konventionelle
553 Agrarwirtschaft beeinflusst mit schweren Maschinen, intensivem Einsatz von
554 Pestiziden und Düngemitteln Boden, Wasser, Luft und die biologische Vielfalt auf
555 unseren Feldern, Wiesen und in unseren Wäldern. Übermäßige Stickstoffdüngung
556 verursacht klimaschädliche Treibhausgase, führt zu Nitratbelastungen des
557 Grundwassers und trägt zur Nährstoffübersorgung von Flüssen, Seen und Meeren
558 bei. Das Klimagas Methan ist deutlich schädlicher als CO₂ und sein Gehalt in der
559 Atmosphäre steigt aufgrund der Massentierhaltung stark an.

560 Gleichzeitig ist die Landwirtschaft auch zunehmend von den Folgen der Klimakrise
561 betroffen, wie der Dürresommer im letzten Jahr gezeigt hat. Wir wollen die
562 Landwirtinnen und Landwirte in Baden-Württemberg dabei unterstützen, ihre
563 Bewirtschaftung diesen Herausforderungen anzupassen und widerstandsfähige
564 Anbausysteme und -kulturen zu entwickeln. Wichtige Bausteine dafür sind breite
565 Fruchtfolgen, Mischkulturen, die Erhöhung des Humusgehaltes, die Förderung des
566 Bodenlebens und Maßnahmen zur Minimierung der Erosion, Agroforstsysteme sowie
567 Risikostreuung durch mehr Vielfalt bei Anbaufrüchten und Betriebszweigen. Dafür
568 wollen wir die entsprechenden Forschungsaktivitäten ausbauen und die Züchtung
569 gentechnikfreier angepasster Sorten unterstützen.

570 Viele Landwirt*innen haben darum heute bereits das Ziel, die Bewirtschaftung
571 ihrer Flächen nachhaltiger zu gestalten. Wir wollen alle, die sich hier auf den
572 Weg machen, unterstützen. Wer Natur und Klima schützt, Lebensmittel nachhaltig
573 produziert, Tierwohl achtet und sich für den Erhalt der Kulturlandschaften
574 einsetzt, soll finanziell dafür belohnt werden. Dafür muss das Fördersystem der
575 EU in der neuen Förderperiode auf eine klimafreundliche und
576 biodiversitätsfreundliche Landwirtschaft umgestellt werden. Wichtige Ansätze
577 dazu sind Maßnahmen zur wirksamen Vermeidung von Überdüngung, die Bindung der
578 Nutztierzahlen an die Betriebsfläche, hohe Standards für eine artgerechte
579 Tierhaltung und die extensive Nutzung von Grünland sowie wiedervernässten
580 Moorböden. Den Anteil des ökologischen Landbaus als besonders umweltfreundliche
581 und bodenschonende Produktionsform wollen wir durch ein umfassendes
582 Förderkonzept auf 30 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Baden-
583 Württemberg bis 2030 weiter steigern. Dazu gehört auch eine weitere personelle
584 Stärkung der biologischen Landwirtschaft als Fachgebiet in Forschung und Lehre
585 baden-württembergischer Hochschulen. Die Leistungen der Landwirt*innen für die
586 Gesellschaft sind bürokratiearm und effektiv zu vergüten, dafür wollen wir auch
587 die Möglichkeiten der Digitalisierung zur Dokumentation und
588 Kontrollvereinfachung nutzen.

589 Als Grüne im Land wollen wir die bäuerliche Landwirtschaft darin bestärken, ihre
590 Stickstoffüberschüsse nach der Gesamtbilanz auf 50 kg N/ha abzusenken. 90
591 Prozent der anfallenden Gülle sollen gasdicht gelagert und verstärkt in
592 Biogasanlagen eingesetzt werden, dafür wollen wir Investitionshilfen gewähren.

593 Dazu wollen wir die Güllevergärung auf 30 Prozent des anfallenden
594 Wirtschaftsdüngers bis zum Jahr 2030 steigern.

595 Im Bereich Forstwirtschaft verfügt das Land über unmittelbare
596 Handlungsmöglichkeiten bei der naturnahen und nachhaltigen Bewirtschaftung der
597 eigenen Waldflächen. Wir halten am Ziel fest, 10 Prozent der Staatswaldfläche
598 aus der Nutzung zu nehmen und dort Rückzugsräume für Tiere und Pflanzen zu
599 schaffen. Das Land hat hier Vorbildfunktion. Die Klimakrise erfordert
600 flächendeckend einen raschen Waldumbau hin zu naturnahen und
601 klimaresilienten/klimastabilen Mischwäldern. Dafür wollen wir auch nach
602 Abschluss der laufenden Neuaufstellung der Forstorganisation eine ausreichende
603 Personalausstattung sicherstellen. Auch im Privatwald schlummern noch erhebliche
604 Potentiale, Emissionen zu senken und Wälder zukunftsfähiger zu machen. Diese
605 wollen wir gemeinsam mit den Privatwaldbesitzer*innen angehen. Wir begrüßen die
606 Moorstrategie der grün-geführten Landesregierung, denn Moore sind auch
607 hervorragende CO₂-Speicher.

608 Wir werden Verbraucher*innen weiter dafür sensibilisieren, dass ihr
609 Einkaufsverhalten erheblichen Einfluss darauf hat, wie unsere Lebensmittel
610 produziert werden. Mit Förderung und Verankerung von Ernährungsbildung in Kitas,
611 Kindergärten und Schulen wollen wir insbesondere Kinder und Jugendliche darüber
612 informieren, welche Vorteile eine ausgewogene, gesunde und ökologisch
613 verträgliche Ernährung hat. Mit Anreizen wie Fortbildungsprogrammen für das
614 Personal von Gemeinschaftsverpflegungseinrichtungen für schmackhafte kreative
615 Gerichte in Schulen, Hochschulen und Kliniken wollen wir die Attraktivität
616 fleischärmerer und vegetarischer Ernährung steigern.

617 **2. Ressourcenverbrauch minimieren, Kreislaufwirtschaft**
618 **umsetzen: klimaneutrales Ressourcenmanagement als**
619 **Innovationstreiber und Wettbewerbsvorteil**

620 Wir wollen das Wirtschaftswachstum vom Ressourcenverbrauch entkoppeln. Bei den
621 Treibhausgasen geht die Entwicklung EU-weit in die richtige Richtung. Von 1990
622 bis 2017 sind die Emissionen um 22 Prozent gesunken, während die Wirtschaft um
623 58 Prozent gewachsen ist. Der Wandel hin zur grünen Wirtschaft innerhalb der
624 planetaren Grenzen ist also machbar. Jetzt müssen wir ihn beschleunigen. Uns ist
625 wichtig, den Anteil des produzierenden Gewerbes in Baden-Württemberg zu halten.
626 Der Umbau der mittelständischen Wirtschaft hin zur Kreislaufwirtschaft birgt
627 enorme Wettbewerbsvorteile weltweit. Materialkosten machen bei einem
628 durchschnittlichen produzierenden Betrieb 42 Prozent und damit den Löwenanteil
629 der Gesamtkosten aus. Personal- und Energiekosten liegen in der Regel deutlich
630 darunter. Zwar ist der Anreiz bereits heute oft hoch, durch Innovationen
631 Materialkosten zu senken und ressourceneffizient zu produzieren. Dennoch gibt es
632 enormes Optimierungspotential. Auch die Versorgungssicherheit gerade mit
633 kritischen Rohstoffen ist für die Unternehmen in Baden-Württemberg von größter
634 Bedeutung. Erst jüngst drohte China im Handelskrieg mit den USA, die Ausfuhr
635 seltener Erden zu begrenzen. Dies könnte Baden-Württemberg, Deutschland und der
636 EU eines Tages ebenso passieren. Die Auseinandersetzung um North Stream 2 zeigt,
637 welche enorme geopolitische Bedeutung die Abhängigkeit insbesondere von Erdgas

638 hat. Gerade für die Zukunftstechnologien wie Erneuerbare oder Elektromobilität
639 werden zunehmend Ressourcen benötigt, die zum Teil nur in wenigen Regionen
640 vorkommen oder in politisch instabilen Ländern abgebaut werden.

641 Unser Ziel ist, die in Baden-Württemberg benötigten Rohstoffe zunächst verstärkt
642 und langfristig komplett aus Recyclingrohstoffen zu gewinnen. Damit stoppen wir
643 die Übernutzung der natürlichen Lebensgrundlage und sichern langfristig die
644 Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Baden-Württemberg. Die Gewinnung von
645 Recyclingrohstoffen ist mit erheblich weniger CO₂-Emissionen verbunden und
646 bedeutet einen gravierend geringeren Verschleiß der natürlichen
647 Lebensgrundlagen. Das maschinenbauliche, chemische und materialtechnische Wissen
648 ist in den baden-württembergischen Hochschulen und Unternehmen vorhanden. Wir
649 wollen dieses Wissen fördern, um Unternehmen dabei zu unterstützen, den
650 weltweiten Markt für Umwelttechnologien von zwei Billionen Euro zu erschließen
651 und Baden-Württemberg zum Vorreiter bei Effizienztechnologien zu machen.

652 **2.1 Rohstoffabbau: Rückgewinnung in den Fokus**

653 Pro Kopf werden in Deutschland rund 20 Tonnen Rohstoffe pro Jahr verbraucht.
654 Unser Bedarf an Rohstoffen könnte gedeckt werden, wenn wir die Rückgewinnung und
655 Wiederverwendung der im Abfall enthaltenen Ressourcen umfassend umsetzen würden.
656 In Elektronikschrott zum Beispiel ist dreißig bis sechzig Mal mehr Gold als im
657 Primärrohstoff Golderz. Und nicht umsonst wird die Gewinnung von Rohstoffen aus
658 Elektroschrott als Urban Mining bezeichnet. Wir wollen die Infrastrukturen
659 regionaler Wirtschaftskreisläufe stärken und unnötige Transportkosten sparen,
660 indem wir heimischen Rohstoffen Vorrang einräumen und die Gewinnung von
661 Rohstoffen aus Abfällen zum Rohstoffabbau der Zukunft machen. Wiederverwertung
662 und Effizienzsteigerungen sollen den Bedarf an Primärrohstoffen in Baden-
663 Württemberg gegen null sinken lassen. Eine Abschätzung der in Baden-Württemberg
664 vorhandenen theoretischen Potenziale durch Rückgewinnung einiger Rohstoffe macht
665 deutlich, dass etwa für Antimon, Kobalt und Molybdän die in den Abfallströmen
666 enthaltenen Wertstoffe die Rohwarenimporte teils um ein Mehrfaches übersteigen.
667 Wo die Einfuhr von Primärrohstoffen nicht zu vermeiden ist, rücken zertifizierte
668 Lieferketten zur Einhaltung von sozialen und ökologischen Standards in den
669 Mittelpunkt.

670 *Projekt: Wir wollen die Rohstoffstrategie und die Ressourceneffizienzstrategie*
671 *des Landes zusammenführen. Die effizientere Nutzung von Rohstoffen und deren*
672 *Wiederverwertung soll die Einfuhr von Primärrohstoffen langfristig überflüssig*
673 *machen und so die Kreislaufwirtschaft in Baden-Württemberg schließen.*

674 **2.2 Güterproduktion: Ultraeffizienz in Planung und** 675 **Produktion**

676 *Ressourcenverbrauch reduzieren*

677 Die Herstellung von Gütern und Dienstleistungen aus Baden-Württemberg soll so
678 wenig Rohstoffe und Materialinput benötigen wie möglich. Es gilt der Grundsatz:
679 je weniger, desto besser. Auf Bundesebene wurde das Ziel definiert, bis 2020

680 eine Verdopplung der Rohstoffproduktivität des Jahres 1994 zu erreichen. Baden-
681 Württemberg unterstützt diese Bestrebungen.

682 Baden-Württemberg ist dank vieler innovativer Unternehmen und der grün-geführten
683 Landesregierung Spitzenreiter bei der ressourceneffizienten Produktion. Allein
684 die vom Umweltministerium und der L-Bank aufgelegten Programme für
685 Ressourceneffizienz im Mittelstand haben ein Investitionsvolumen von rund fünf
686 Milliarden Euro ausgelöst. Doch nach wie vor sind enorme Investitionen in
687 Menschen, Maschinen und Material notwendig. Umweltfreundliche Investitionen
688 müssen sich noch stärker betriebswirtschaftlich lohnen, als dies heute der Fall
689 ist. Wir wollen dafür den Marktmechanismus nutzen, um schnell und dezentral
690 wichtige Ressourceneffizienztechnologien in die Breite zu tragen und vielen
691 Unternehmen zugänglich zu machen. Angepasste Regeln bei steuerlichen
692 Abschreibungen können dazu beitragen, dass sich Investitionen für Klimaschutz-
693 und Ressourceneffizienz schnell lohnen. Bundespolitisch ist auch eine bessere
694 Ordnungspolitik von Nöten, die hohe Produktstandards setzt.

695 *Rohstoffe ersetzen mit Leichtbau und Bioökonomie*

696 Die schrittweise Substitution von Massivbauweisen aus Beton und Stahl hin zu
697 mehr Leichtbau ist eine zentrale Stellschraube der nachhaltigen Wirtschaft. Hier
698 lassen sich erhebliche Ressourceneffizienzpotenziale realisieren. 70 bis 80
699 Prozent des Materialverbrauchs eines Produktes werden bereits im frühen
700 Entwicklungsstadium festgelegt, diese Potenziale sind bisher weitgehend
701 ungehoben. Mit der Landesagentur für Leichtbau hat die grün-geführte
702 Landesregierung einen Think Tank für Leichtbau geschaffen. Den Trend im
703 Leichtbau zum recycelbaren Multi-Material-Leichtbau wollen wir verstärken.

704 Auch die Stärkung der Bioökonomie ist für den Wandel hin zu einer erdölfreien
705 und klimaneutralen Wirtschaft von erheblicher Bedeutung. Mit der Bioökonomie
706 verbinden wir vor allem den Ersatz erdölbasierter Materialien und Prozesse durch
707 nachwachsende Rohstoffe und Verfahren. Mit der Landesstrategie „Nachhaltige
708 Bioökonomie“ treibt die grün-geführte Landesregierung die Bioökonomie als
709 Innovationsmotor nachhaltigen Wirtschaftens voran. Die Bioökonomie ist besonders
710 für den Ländlichen Raum eine große Chance, weil Rohstoffe vermehrt auf
711 heimischen Äckern wachsen können und Neben- und Reststoffe aus der
712 Lebensmittelproduktion und der Land- und Forstwirtschaft sinnvoll genutzt
713 werden. Dabei haben wir die Grenzen der jeweiligen Anbausysteme, ob Wald oder
714 Acker, fest im Blick. Deshalb gehören für uns zur Bioökonomiestrategie auch
715 intelligente Konzepte zur Ressourceneinsparung, zur Kaskaden- und
716 Kreislaufnutzung nachwachsender Rohstoffe. Auch für die Industrie und in urbanen
717 Räumen spielt die Bioökonomie künftig eine zunehmend wichtige Rolle. Abfälle und
718 Abwasser beispielsweise enthalten nutzbare Rohstoffe, die wir zurückgewinnen
719 können. Mit neuen Technologien zur biologischen Gewinnung von anorganischen
720 Rohstoffen wie Metallen, Phosphor und Chemikalien sowie zum biotechnischen CO₂-
721 Recycling wollen wir Rohstoffe für Energie- und Stoffkreisläufe erzeugen.

722 *Projekt: Die Verwendung von Plastik ist in den vergangenen Jahrzehnten drastisch*
723 *angestiegen, selbst Gurken werden heutzutage zusätzlich verpackt. Im Rahmen der*

724 *Stärkung der Bioökonomie wollen wir Pilotvorhaben zur Substitution von Plastik*
725 *sichtbar machen und Alternativen zum Markthochlauf verhelfen. Dabei sollen*
726 *Industrieverpackungen eine besondere Rolle spielen. Wir wollen gemeinsam mit der*
727 *Zivilgesellschaft und bestehenden Unternehmer- und Gewerkschaftsinitiativen eine*
728 *Initiative Plastikfreies BW initiieren.*

729 *Projekt: Wir wollen, dass Bauabfälle reduziert werden. So wollen wir Holz oder*
730 *Zementarten mit niedrigem Klinkeranteil fördern und beschleunigen, dass Stahl*
731 *und Zement klimafreundlicher hergestellt werden.*

732 **2.3 Nachhaltigen Konsum fördern**

733 Als Verbraucher*innen haben wir alle mit unserem Konsumverhalten höchsten
734 Einfluss auf Klimaschutz und den Verbrauch der natürlichen Lebensgrundlagen. Der
735 Staat ist für die Regeln verantwortlich, die nachhaltiges Wirtschaften leicht
736 machen – das entlastet die Einzelnen im Alltag. Gleichzeitig setzen wir auf die
737 mündige Verbraucher*in, die sich ihrer Verantwortung bewusst ist. Wie lange wir
738 ein Produkt nutzen oder ob wir höherwertige Produkte minderwertigen vorziehen,
739 hat unmittelbare Rückkopplungen auf Produktion und (Sekundär-)Rohstoffgewinnung.
740 Weniger wegwerfen, mehr reparieren und länger nutzen ist nicht nur ökologisch,
741 sondern auch sozial. Wir wollen deshalb die Mehrwertsteuer auf Reparaturen
742 absenken, damit der eigene Geldbeutel ebenso geschont wird wie die Umwelt.

743 Dabei hilft uns ein Trend, der vor allem bei jungen Menschen zunehmend zu
744 beobachten ist: nutzen statt besitzen. Diesen Trend wollen wir verstärken und
745 Alternativen zu herkömmlichem Konsumverhalten forcieren – auch, weil
746 hinsichtlich der Rebound-Effekte reine Effizienzstrategien ohne Suffizienz nicht
747 ausreichen.

748 Die Sharing Economy kann gewerblich oder gemeinnützig sein. Für eine faire
749 Nutzung von Sharing-Angeboten müssen Verbraucher*innen erkennen können, welche
750 Anbieter gewerblich handeln und welche nicht. Hierfür sind besser handhabbare
751 Kriterien notwendig, die beiden Arten der Sharing Economy voneinander
752 abzugrenzen. Vermittlungsplattformen gewerblicher Anbieter müssen gekennzeichnet
753 sein und geltenden Verbraucher*innenschutz umfassend umsetzen. Unter dem
754 Deckmäntelchen des Teilens und der effizienten Nutzung dürfen soziale und
755 arbeitsrechtliche Standards nicht unterlaufen werden.

756 Das Land Baden-Württemberg hat mit seiner Marktmacht als Einkäufer große
757 Vorbildfunktion. Die unter Grün-Rot beschlossene Anpassung der
758 Beschaffungsregeln, die ökologische und soziale Kriterien bei der Vergabe
759 berücksichtigen, waren richtig. Nun wollen wir einen Schritt weitergehen und die
760 nachhaltige Beschaffung auf Landesebene verpflichtend machen. Dies beinhaltet
761 insbesondere die Betrachtung der Lebenszykluskosten. Damit schaffen wir Märkte
762 für nachhaltige Produkte und wirken lenkend auf effektive Änderungen bei der
763 Produktion hin. Darüber hinaus wollen wir das europäische Vergaberecht ändern.

764 *Projekt: Mit einem Förderprogramm wollen wir Reparaturen an Haushalts- und*
765 *Elektrogeräten unterstützen. Der „Reparaturbonus“, wie er in der Stadt Graz und*

766 dem Land Oberösterreich angewendet wird, zielt auf die Wiederverwendung und
767 Langlebigkeit der Produkte ab.

768 Projekt: Initiativen wie solidarische Landwirtschaften wollen wir fördern, indem
769 wir Förderprogramme gezielt auf die Strukturen der SoLaWis anpassen.

770 Projekt: Die Produktverantwortung der Hersteller und Vertrieber soll auf den
771 gesamten Lebenszyklus eines Produkts ausgeweitet werden. Dafür setzen wir uns im
772 Bund und in der EU ein. Dies gilt insbesondere für die Bereithaltung von
773 Ersatzteilen oder die Verpflichtung zu Softwareupdates. Das beinhaltet ein
774 Verbot der Vernichtung von Retour-Sendungen beim Onlinehandel.

775 Supermärkte und Lebensmittelhändler werfen Tag für Tag große Mengen nicht mehr
776 verkäuflicher Lebensmittel weg. Wir wollen – analog zur französischen Regelung
777 –, dass Supermärkte ab einer Ladengröße von 400 Quadratmeter verpflichtet
778 werden, Lebensmittel, die sie ansonsten wegwerfen würden, an gemeinnützige
779 Organisationen zu spenden.

780 **2.4 Recycling zum Innovationsmotor der Kreislaufwirtschaft** 781 **machen**

782 Wir wollen den Materialfluss unseres Wirtschaftens schließen zu einer echten
783 Kreislaufwirtschaft. Dafür müssen Produkte von Anfang an so designt sein, dass
784 sie reparaturfreundlich, langlebig und gut recycelbar sind. Das wichtigste
785 politische Ziel für die Umsetzung der Kreislaufwirtschaft ist die Ökodesign-
786 Richtlinie der EU. In den aktuellen Entwürfen der Kommission zur Novelle der
787 Richtlinie nimmt das Thema Material- und Ressourceneffizienz neben den
788 bestehenden Energieeffizienzanforderungen einen wichtigen Raum ein. Produkte
789 sollen so designt sein, dass ihre Einzelteile leicht ersetzt und recycelt werden
790 können. Neue Anforderungen an die Ersatzteilverfügbarkeit, Angabe von
791 enthaltenen kritischen Rohmaterialien und Anleitungen zur Demontier-
792 beziehungsweise Rezyklierbarkeit von Produkten bekommen einen festen Platz. Wir
793 setzen uns auf allen Ebenen dafür ein, dass dieser Weg stringent und umfassend
794 weiter beschritten wird und die neue Ökodesign-Richtlinie weltweit neue
795 Standards in der Produktverantwortung setzt. Der höchste technologische Standard
796 soll dabei zur Regel werden, wie dies in Japan mit dem Front-Runner-Prinzip
797 schon der Fall ist. Wir wollen Vorbild und Spitzenreiter sein.

798 Vordringlich ist es, die Recyclingziele über viele Massen-Stoffströme hinweg
799 anzuheben, am dringlichsten bei Kunststoffen, deren Quoten seit 20 Jahren
800 unverändert niedrig sind. Trauriges Ergebnis ist unter anderem die alarmierende
801 Verschmutzung der Meere mit Plastikmüll. Jährlich gelangen zwischen 4,8 und 12,7
802 Millionen Tonnen Plastikmüll in die Ozeane. Während die EU-Kommission mit ihrer
803 Plastikstrategie und andere europäische Staaten mit verbindlichen
804 Reduktionszielen und Verboten für Einmalprodukte den Kampf gegen die Plastikflut
805 angenommen haben, fehlt es in Deutschland besonders CDU/CSU und SPD am
806 politischen Willen. Deutschland ist europäisches Schlusslicht bei der
807 Plastikvermeidung und hat in Europa den größten Pro-Kopf-Verbrauch von Plastik.
808 Unnötige Verpackungen und Einwegprodukte sollen vermieden werden und durch
809 wiederverwendbare Mehrwegverpackungen und -produkte ersetzt werden.

810 Anspruchsvolle Recyclingquoten sind ein wichtiger Weg, Materialkreisläufe zu
811 schließen. Außerdem wollen wir die Nachfrage nach recycelten Kunststoffen
812 (Rezyklaten) in allen Branchen fördern. Dass das Bundesverpackungsgesetz eine
813 finanzielle Belohnung von Rezyklateinsatz in Verpackungen vorsieht, ist gut. Wir
814 setzen uns zudem für verbindliche Rezyklatquoten ein. Es ist gut, dass sich alle
815 Mitgliedstaaten auf europäischer Ebene auf eine Rezyklateinsatzquote von 25
816 Prozent bei PET-Flaschen verständigt haben. Wir begrüßen außerdem, dass die
817 Landesregierung unter grüner Führung viel dafür getan hat, den illegalen Export
818 von Elektroschrott zu unterbinden. Die Abfallverbringungskontrollen und der
819 Vollzug müssen ausgeweitet werden, um verstärkt illegale Verbringungen von
820 Abfällen aufzudecken und weitere Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

821 Mit gezielten Bauvorschriften können beispielsweise modulare Bau- und
822 Konstruktionsweisen fest verankert werden. Das ermöglicht einen vereinfachten
823 Rückbau und damit auch ein einfacheres Recycling von Baustoffen. Mit innovativen
824 Baustoffen wie bspw. Carbon-Beton-Verbundstoffen kann Beton schon bei der
825 Fertigung eingespart werden. Ressourcen- und energieschonender Recyclingbeton
826 (RC-Beton) ist qualitativ vergleichbar mit Beton aus Primärrohstoffen und kann
827 somit in den Kreislauf zurückgeführt werden. Das schont die Umwelt und spart
828 obendrein Kosten. Den Weg, vermehrt Holz als Baustoff einzusetzen, gehen wir
829 weiter. Wir wollen das Bauen mit Holz weiter fördern und unsere Vorreiterrolle
830 in Deutschland weiter ausbauen. Dafür werden wird die Holzbauoffensive des
831 Landes verstärken und weiterentwickeln, eine Holzbauquote beim staatlichen
832 Hochbau Baden-Württemberg einführen und auf Bundesebene für die Einführung einer
833 nationalen Holzbaustrategie nach schwedischem Vorbild einsetzen.

834 In Deutschland könnten die in kommunalen Abwässern enthaltenen Phosphate einen
835 beträchtlichen Teil des Bedarfs der Landwirtschaft decken. Das von den Pflanzen
836 aus dem Ackerboden aufgenommene Phosphat gelangt über die Nahrung in Tiere und
837 Menschen, wird größtenteils wieder ausgeschieden und landet so schließlich in
838 den Kläranlagen. Die grün-geführte Landesregierung hat Pilotprojekte auf den Weg
839 gebracht, die Rückgewinnung des Phosphors aus dem unverbrannten Klärschlamm
840 voranzutreiben. Wir unterstützen diesen Weg und wollen Kläranlagen noch stärker
841 zur Rohstoffgewinnung nutzen.

842 *Projekt: Wir werden prüfen, in welchen Bereichen und wie die Einschleusung von*
843 *Sekundärrohstoffen in Primärprozesse verstärkt vorangetrieben werden kann.*

844 *Projekt: Wir wollen eine Recyclingbeton-Quote für Landesliegenschaften*
845 *einführen.*

846 *Pilotprojekte: Wir wollen zusammen mit Unternehmen eine Initiative zur*
847 *Verwendung von Rezyklatplastik anstoßen und dabei die Verbraucher*innen eng*
848 *einbinden.*

849 **2.5 Digitalisierung grün gestalten und für Ressourcenschutz** 850 **nutzen**

851 Global wie der Klimawandel und seine Ursachen wirkt auch die Digitalisierung.
852 Die Digitalisierung ist eine Basisinnovation und verändert unser Leben, unser

853 Arbeiten, unsere Kommunikation und unser Wirtschaften. Die erste Phase der
854 Digitalisierung mit steigenden Rohstoff- und Energieverbräuchen hat bereits zur
855 weiteren Verschmutzung unserer Atmosphäre beigetragen. Für eine langfristige
856 klimagerechte Lebens- und Wirtschaftsweise ist daher die grüne Gestaltung der
857 Digitalisierung entscheidend. Wir wollen die Innovationskraft der
858 Digitalisierung für den Klimaschutz nutzen. Damit diese sich entfalten kann,
859 setzen wir auf das Klimadreieck der Digitalisierung: Klimaneutralität des
860 Energie- und Ressourcenbedarfs der Digitalisierung erreichen, Handeln gegen den
861 Rebound-Effekt und Innovationsförderung.

862 *Energie- und Ressourcenbedarf der Digitalisierung klimaneutral machen*

863 Digitalisierung führt weltweit zu einem steigenden Energiebedarf. Computer und
864 Netze in Deutschland verbrauchten 2017 58,4 TWh Strom, was 2,3 Prozent des
865 Gesamtstrombedarfes und 30,7 Millionen Tonnen CO₂ entspricht. Die
866 Virtualisierung von Prozessen etwa durch Cloud-Dienste und Online-Streaming
867 trägt dazu bei, dass trotz massiven Effizienzsteigerungen in den letzten zehn
868 Jahren der Stromverbrauch nur konstant gehalten werden konnte. Digitale Produkte
869 im Haushalt wie in der Industrie produzieren mehr und mehr Daten, die in
870 Rechenzentren verarbeitet werden. Um die Klimaziele zu erreichen, brauchen wir
871 zügig CO₂-neutrale Rechenzentren, die Abwärme nutzen, intelligent kühlen und mit
872 erneuerbarem Strom betrieben werden. Dazu brauchen wir Green-IT im weitesten
873 Sinne von der Hardwarebeschaffung bis zur Algorithmenoptimierung. Deshalb sind
874 das Land wie die Kommunen und der Bund mit den eigenen Rechenzentren, der
875 Bürokommunikation in der Verwaltung und den Hochschulen in der Pflicht, Energie
876 einzusparen. Beim Land ist die Steigerung des Strombedarfs überwiegend auf den
877 Strombedarf der IT zurückzuführen. Handlungsbedarf sehen wir in der Beschaffung,
878 im Bezug von Ökostrom, und bei CO₂-neutralen Rechenzentren. Das Land Baden-
879 Württemberg muss dabei vorangehen. Auch die großen Digitalisierungsprogramme des
880 Landes und der Städte und Gemeinden, die vom Land bei der Digitalisierung
881 unterstützt werden, müssen in allen Bereichen, von der E-Akte über Tablets in
882 der Schule bis zur Landesstrategie Künstliche Intelligenz, klimaneutral werden.

883 *Handeln gegen den Rebound-Effekt*

884 Mit Hilfe der Digitalisierung können wir viel effizienter und mit weniger
885 Ressourcenbedarf wirtschaften, arbeiten und mobil sein. Damit dieses Potenzial
886 genutzt werden kann, darf es nicht dem Rebound-Effekt zum Opfer fallen. Dieser
887 beschreibt das Phänomen, dass eingesparte Ressourcen umgehend zu mehr Verbrauch
888 führen. Unser politisches Ziel ist es, den Rebound-Effekt zu minimieren. Ein
889 Beispiel ist das autonome Fahren, das wir im Land mit dem Testfeld Autonomes
890 Fahren und im Strategiedialog Automobilwirtschaft vorantreiben. Wir wollen, dass
891 das autonome Fahren nicht zu einer reinen Veränderung des motorisierten
892 Individualverkehrs führt, sondern setzen auf einen individualisierten und
893 flexiblen neuen öffentlichen Verkehr wie autonome Kleinbusse im 24-Stunden-
894 Betrieb – ein neuer iÖPNV, der zur Verlagerung auf den effizienteren
895 Verkehrsträger beiträgt. Autonome Fahrzeuge können leicht zu zusätzlichem
896 Verkehr mit Leerfahrten und unendlichem Parksuchverkehr führen – darum gehört

897 unser Einsatz für das autonome Fahren und unser Einsatz für die Bepreisung des
898 öffentlichen Raums untrennbar zusammen.

899 *Digitale Innovation massiv fördern*

900 Der globale Klimaschutz braucht neue Ideen, die bisher noch niemand gedacht oder
901 noch niemand entwickelt hat. Darum setzen wir mit der von der grün-geführten
902 Landesregierung ins Leben gerufenen Digitalisierungsstrategie des Landes massiv
903 auf offene Innovation, deren Ergebnisse nicht politisch vorgegeben sind. Die
904 bereits greifbaren digitalen Innovationen für den Klimaschutz bringen wir in die
905 Fläche. Zum smarten Verkehr gehören Echtzeit-Apps und komfortables Ticketing für
906 den ÖPNV und die vernetzte Mobilität. Videokonferenzen und Teleworking sind
907 moderne Tools der Verkehrsvermeidung. Wir wollen sie im öffentlichen Dienst mehr
908 nutzen. Die digitale Steuerung der Energienetze, besonders des Stromnetzes, ist
909 entscheidend dafür, 100 Prozent Erneuerbare zu erreichen. Darum ist das Land
910 bereits Vorreiter bei Smart Grids. Der Ausgleich zwischen Erzeuger und
911 Verbraucher*innen kann unter anderem durch Deep Learning zur Mustererkennung
912 noch besser gesteuert werden. Die notwendige Forschung dazu wird in Karlsruhe
913 betrieben. Im Bereich der Produktion gilt schon heute: Ungesteuerter Verbrauch
914 von Ressourcen verschwindet. Digital ist effizient! In Baden-Württemberg machen
915 sich Unternehmen auf, Wirtschaft 4.0 umzusetzen. Dabei unterstützt das Land zum
916 Beispiel eingebettete Sensoren und Echtzeit-Datenanalyse in der Produktion, die
917 den Rohstoffverbrauch und den Energiebedarf senken und gut fürs Klima sind.
918 Dafür steht unser Projekt der Ultraeffizienzfabrik.

919 III Ausblick: Leben innerhalb der planetaren 920 Grenzen

921 Unser Planet ist erschöpft. Wir leben über unsere Verhältnisse. Und die
922 Klimakrise hat unabsehbare Folgen auf das gesamte Ökosystem der Erde. Das
923 zerstörerische, ressourcenverbrauchende Wachstum der Industrieländer hat keine
924 Zukunft. Wir wollen die planetaren Grenzen achten und hinterfragen Wachstum
925 kritisch. Der „Earth Overshoot Day“ schreitet immer mehr in die Mitte des
926 Jahres. An diesem Tag sind nicht nur die endlichen Ressourcen, sondern auch die
927 nachwachsenden eines Jahres verbraucht. Wir haben das technische Wissen, Wege
928 aus der Krise zu finden. Baden-Württemberg als eine der reichsten Regionen
929 Europas und der Welt erkennt seine historische Verantwortung an, diese
930 ökologische Evolution voranzutreiben. Wir werden unseren Anteil zur Bekämpfung
931 der Klimakrise leisten und Vorreiter sein, um zu beweisen: Wohlstand und
932 wirtschaftliche Prosperität sind möglich, ohne dauerhaft auf Kosten des Planeten
933 zu leben und zu wirtschaften. Mit Beginn unserer grün-geführten Regierung in
934 Baden-Württemberg haben wir Fenster und Türen aufgestoßen. Das war dringend
935 nötig. Veränderung braucht Mut und entschlossenes Handeln. Wir begreifen die
936 Evolution hin zu einer klimaneutralen, dekarbonisierten Gesellschaft als eine
937 immense Chance. Das Ende des fossilen Industriezeitalters kann der Beginn einer
938 neuen, begeisternden grünen Wirtschaft sein. Einer Wirtschaft, die Wohlstand
939 sichert und gleichzeitig Natur achtet und schützt.